Bezugsgebühr:
Vierteljährlich 2 Mk. 50 Pfg.: durch die Post 2 Mk. 75 Pfg.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens: die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zutragung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Theilausgaben Abends und Morgens zugestellt.

Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 u. Nr. 2096.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden.

Photographische **Apparate**
in reicher Auswahl bei
Emil Wünsche
Aktienges. f. phot. Industrie
Moritzstr. 20
(Ecke Gerokstraße, Nähe Königl. Johannstrasse)
Fabrik: Reick bei Dresden.
Filialen:
Leipzig, Berlin, Frankfurt a. M., Breslau, München, Hamburg, Bodenbach i. B.
Pracht-Katalog auf Verlangen.

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn, Königl. Hoflieferanten,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle A. I. 6081.

Carl Tiedemann, Hoflieft., gegr. 1833,
empfiehlt in vorzüglicher Qualität
Bohnerwachs
für Parkett, Linoleum und lackirte Fußböden.
Altmarkt: Marienstr. 10, Annaplatz 18, Pirnaische Str. 52.
Neumarkt: Bautzenerstraße (Stadt Berlin).

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. I. Et.
Beleuchtungs-Gegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Tuchwaren Aparteste Neuheiten in engl. u. deutschen Qualitäten, hochelegante und solide Ware, empfehlen zu ausserordentlich billigen Preisen **C. H. Hesse Nchf.** (Inh. Krüger & Reich)
Marienstr. 20 (3 Raben).

Nr. 283. Spiegel: Kohlennoth. Parteien in Sachsen. Völkerschlacht-Denkmal. Prämiirungen in der Bauausstellung. Haftpflicht der Gastwirthe. Gerichtsverhandlungen. Börsenwochenbericht. | Muthmaßl. Witterung: Veränderlich. | **Sonntag, 14. Oktober 1900.**

Noch ein Wort zur Kohlenfrage.

Zu der Frage der Kohlenpreise, die angesichts des herannahenden Winters weniger als je aus dem Vordergrunde der öffentlichen Diskussion verschwinden will und namentlich die Gemüther der kleinen Verbraucher mit banger Sorge belastet, hat neuerdings auch der Geschäftsführer des Centralverbandes Deutscher Industrieller, Herr Generalsekretär H. A. Bueck, das Wort ergriffen. Herr Bueck ist erst in diesen Tagen mit einer hervorragenden Arbeit ebenfalls wirthschaftspolitischen Charakters, die das schwierige und verwickelte Kapitel des Höchst- und Mindesttarifs betrifft, an die Oeffentlichkeit getreten und hat sich damit bei Freund und Feind die ungetheilte Anerkennung der völlig unparteiischen Sachlichkeit seiner Darlegungen für und wider den Doppeltarif erworben. Um so mehr dürfte Herr Bueck Anspruch darauf haben, daß auch seine Ausführungen über die brennende Frage der Kohlenpreise nicht auf die „Deutsche Industriezeitung", in der sie veröffentlicht werden, beschränkt bleiben, sondern zu einem größeren Leserkreise Zugang finden. Es soll dabei allerdings von vornherein nicht verschwiegen werden, daß der Standpunkt Herrn Bueck's in der vorliegenden Frage nicht ganz einwandfrei erscheint, und sogar gewisse manchesterliche Anklänge verräth, soweit der Groß- und Zwischenhandel in Betracht kommt. Indessen ist ja die Schädlichkeit und Verwerflichkeit der Manipulationen gewisser Großhändler aus diesem Anlaß anderweitig so oft betont und so klar nachgewiesen worden, daß jeder Versuch zu einer Beschönigung solcher Zustände mit Hilfe allgemeiner Redensarten wie: „Der Handel ist eine freie Thätigkeit und muß es bleiben; durch Einengung oder Ausschaltung des Handels würden nur noch größere Mißstände herbeigeführt werden" von vornherein als gänzlich verfehlt gelten muß. Hiervon aber abgesehen, entwickelt Herr Bueck so viele beachtliche neue Gesichtspunkte, daß er jedenfalls gehört zu werden verdient. Eine wirthschaftliche Erscheinung, die in ihren Ursachen so tief verzweigt ist, will von allen Seiten gründlich beleuchtet sein, wenn die oberste Voraussetzung einer wirksamen Abhilfe, nämlich eine erschöpfende Einsicht in das Gesammtgetriebe der Verkettungen von Ursache und Wirkung, erfüllt werden soll.

Der grundsätzliche Standpunkt des Verfassers ist der, daß eine „Kohlennoth" in dem Sinne einer dem Bedarf nicht genügenden Förderung von Kohle in Wirklichkeit gar nicht existirt, sondern daß nur künstlich der Anschein einer solchen von gewissen einflußreichen Interessentenkreisen erweckt wird, und daß sowohl die Presse durch ihr fortwährendes Jammern über „Kohlennoth" als auch das Publikum selbst durch nervöse Angstkäufe beiderseits dazu beitragen, die Aufrechterhaltung der Legende von der Kohlennoth im Widerspruch mit den thatsächlichen Verhältnissen zu ermöglichen und so die Lage der kleinen und kleinsten Verbraucher unbewußt immer mehr zu verschlechtern. Zur Begründung dieser Auffassung führt Herr Bueck des Näheren aus: „Ich meine, daß die Mißstände, speziell im Zwischenhandel mit Kohlen, am besten dadurch beseitigt werden könnten, daß man ihnen die wesentlich in der Beunruhigung und Besorgniß der Verbraucher liegende Ursache nimmt. Nur die Angst vor der Kohlennoth ermöglicht es dem Handel, die Preise so übermäßig zu treiben. Wenn ein großer Theil der Preise, anstatt täglich von der Kohlennoth und von den meistens unmöglichen (?) Mitteln zu ihrer Milderung bezw. Bekämpfung zu reden, seine Aufgabe darin erblicken wollte, den Verbrauchern zu beweisen, daß eine Kohlennoth nicht besteht, dann würde der Preistreiberei seitens des Zwischenhandels bald ein Ziel gesetzt sein." An Beweismaterial in dieser Beziehung fehlt es nach Herrn Bueck nicht. Die Zahlen bezüglich der außergewöhnlich starken Zunahme der Kohlenförderung in den letzten Jahren, über die vielen neuen Anlagen und deren wirksamen Eintritt in die Produktion seien genügend in der Presse verbreitet worden. Schon hierin sollte eine genügende Sicherheit dafür erblickt werden, daß es unserer Kohlen-Industrie auch künftig gelingen werde, den Bedarf zu decken; überdies aber sei als weiteres Argument nicht zu verkennen, daß die wirthschaftliche Thätigkeit in Deutschland seit einiger Zeit einen ruhigeren Verlauf nehme. Damit werde unzweifelhaft auch die so lange zu ihrer höchsten Leistungsfähigkeit angespannte industrielle Produktion wieder ein gemäßigteres Tempo einschlagen, was in mancher Beziehung nicht unerwünscht erscheine. Eine gewisse Einschränkung der industriellen Produktion sei aber nothwendig verbunden mit einer Minderung des Verbrauchs an Kohle, die dem Kohlenkonsum im Allgemeinen, und an Arbeitskräften, die der Förderung der Kohle zu Gute komme. Somit sei wohl mit Sicherheit anzunehmen, daß die übertriebene Nachfrage und damit die Preistreiberei des Zwischenhandels bald ihr Ende erreichen werden.

Es ist ohne Zweifel ein dankenswerthes Vorgehen, das eine verwirrende Unklarheit der Situation beseitigt, wenn Herr Bueck mit allem Nachdruck auf die Verbreitung der Erkenntniß dringt, daß eine „Kohlennoth" thatsächlich gar nicht existirt, sondern daß es sich dabei um eine Kohlenpreistreiberei handelt. Keine unbedingte Zustimmung wird dagegen die Ansicht finden, daß alles Heil für die Verbraucher von der wirthschaftlichen Selbstregulirung der Verhältnisse in Verbindung mit einer gründlichen Aufklärung der öffentlichen Meinung über den „chimärischen", nur in der Einbildung bestehenden Charakter der angeblichen Kohlennoth zu erwarten sei. Selbst dann, wenn es dem Verbraucherpublikum gelingt, sich zu disziplinairen, die Angstkäufe einzustellen, die Kohlennoth-Legende auf das zurückzuführen, was sie wirklich ist, und sich im weitesten Umfange die genossenschaftliche Selbsthilfe zu nutze zu machen, so wird es doch zu einer durchgreifenden Abhilfe immer noch eines gewissen Maßes von staatlichem Eingreifen gegen die mächtigen Faktoren bedürfen, die den Kohlenmarkt beherrschen und ihre bisher keinen gesetzlichen Schranken unterworfene Gewalt rücksichtslos ausnutzen. Daß zu diesen Faktoren nicht blos Groß- und Zwischenhandel, sondern zum Theil auch die Produzenten selbst gehören, dieser Nachweis ist ebenfalls ein Verdienst des Herrn Bueck. Es handelt sich hier insbesondere um das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat, bezüglich dessen der Verfasser über die Preisfestsetzung für Kohle folgende überraschende Enthüllungen macht, denen um so größeres Gewicht beigemessen werden muß, als Herr Bueck sonst auf einem ausgesprochen syndikatsfreundlichen Boden steht: „Der Kohlenbergbau hat sehr schwere verlustbringende Perioden gehabt. Sehr Viele, die in den schlechten Zeiten ihren Besitz mit schweren Verlusten haben hergeben müssen, vermögen es nicht zu verstehen, wie man ihnen jetzt zumuthen kann, im Interesse des Gesammtwohles Maß zu halten und nicht zu nehmen, was irgend zu bekommen ist. Sie fordern daher Preiserhöhung, und dem Drucke der Aktionäre glauben viele Direktoren nachgeben zu müssen. Daher besteht im Kohlensyndikat eine sehr starke Partei für weitere Steigerung der Preise. Diese Partei wird fort und fort gestützt durch das Geschrei über Kohlennoth; jeder Zeitungsartikel über sie stärkt ihren Rücken. Das möge man bedauern, wenn es, was leicht kommen kann, den einsichtigen und weitblickenden Elementen im Syndikat nicht mehr gelingen sollte, die erwähnte Partei von einer weiteren sehr wesentlichen Erhöhung der Kohlenpreise zurückzuhalten." Bisher erfreuten sich die deutschen Syndikate im Gegensatz zu den amerikanischen Trusts des günstigen Rufes, daß sie eine wohlthätige wirthschaftliche Regulirungsarbeit leisteten, indem sie nicht nur die Erzeuger vor unbillig niedrigen Preisen, sondern auch die Verbraucher vor unbillig hohen Preisen zu schützen ernstlich bestrebt seien. Nach den Bueck'schen Darlegungen kann aber nicht bezweifelt werden, daß das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat in Gefahr schwebt, auf der schiefen Ebene der treuwürdigen Profitwuth abwärts zu gleiten und sich den wirthschaftlichen Unterdrückern des kleinen Mannes beizugesellen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 13. Oktober.

Der Krieg in China.

Berlin. Der chinesische Hof hat, wie aus Shanghai gemeldet wird, auf der Flucht nach Singanfu heute den Hoangho überschritten. — Nach Meldungen aus Tientsin wird die Expedition von Peking und Tientsin gegen Paotingfu als eine gegen Singanfu gerichtete strategische Bewegung betrachtet, die von Hankau aus durch eine dritte Expedition unterstützt werden soll. Auf diese Weise will man die neue Hauptstadt von allen Verbindungen abschneiden. Das Hauptquartier des chinesischen Transportwesens wurde von Tschinkiang nach Hankau verlegt. Die Rebellen in Szechuen marschiren 10,000 Mann stark gegen Huchoufu bei Kanton; es heißt, daß sie von den regulären Truppen geschlagen worden seien. Gerüchtweise verlautet, der Taotai von Shanghai wäre von den Konsuln verständigt worden, daß die fremden Garnisonen im Hinblick auf die gefährliche Lage verstärkt werden würden. — Der Aufstand in Südchina greift nach einem Telegramm des Deutschen Flottenvereins immer weiter um sich. Die englischen Truppen sollen daher aus Nordchina nach Honglong herangezogen werden; ebenso werden weitere Verstärkungen aus Indien erwartet. — Die „Times" melden aus Shanghai, daß der Kaiser von Japan dem chinesischen Kaiser gerathen habe, sofort nach Peking zurückzukehren, die reaktionäre Regierung zu entfernen und fähige, fortschrittliche Staatsmänner zu ernennen. Bei der Besetzung Mukdens durch die Russen hißten diese auf dem Zollgebäude die russische Zoll-, nicht die Marineflagge.

* **Berlin.** Wolff's Bureau berichtet aus Tientsin vom 12. Oktober: Graf Waldersee besichtigte vorgestern die hiesigen englischen und gestern die russischen Truppen. Auf seine Anordnung ist mit Rücksicht auf die Stärke der hiesigen deutschen Garnison ein deutscher Offizier in die provisorische Regierung der Chinesenstadt, die bisher aus je einem Russen, einem Engländer und einem Japaner bestand, aufgenommen worden. — Der österreichische Gesandte ist in Taku eingetroffen und bleibt dort, bis hier für genügende Unterkunft gesorgt ist. Der englische Gesandte kommt morgen hierher.

* **Tokio.** Aus Tientsin wird vom 12. Oktober gemeldet: Die Expedition nach Paotingfu geht heute in drei Kolonnen ab. Die mittlere Kolonne steht unter einem deutschen, die rechte unter einem englischen und die linke unter einem französischen General. Da in der Nähe von Peking Unruhen befürchtet werden, wurde ein japanischer General mit der Aufgabe betraut, die chinesische Hauptstadt zu vertheidigen.

Berlin. Der Bundesrath überwies heute die Vorlage betr. die Festsetzung der Gebühren für die Beförderung der Nebenblätter und außergewöhnlichen Beilagen von Zeitungen dem zuständigen Ausschuß und stimmte dem Ausschußantrag betr. die Feststellung des Gesammtkontingents an Zucker für das Betriebsjahr 1901/1902, ferner der Vorlage betr. Ergänzung des Schiffsbauregulativs betr. den Bezug von Invaliden- und Unfallrenten in ausländischen Grenzgebieten und betr. die Aufhebung der freiwilligen Gerichtsbarkeit und die Leistung von Rechtshilfe im Heere zu.

Berlin. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht amtlich die vom Bundesrath unter dem 4. ds. zur Bekämpfung der Pest beschlossenen vorläufigen Ausführungsbestimmungen im Reichsseuchengesetz. Als Anlagen sind beigegeben: Eine Desinfektionsanweisung bei Pest, Vorschriften über das Arbeiten und den Verkehr mit Pesterregern und Grundsätze für Maßnahmen im Eisenbahnverkehr bei Pestzeiten. — Der in einzelnen Blättern, unter Hinweis darauf, daß der preußische Handelsminister eine Erhebung über die etwaige Verbesserung der Bau- und Einrichtungsverhältnisse in den Bäckereien veranstaltet hat, ausgesprochenen Vermuthung, daß sich die in Aussicht gestellte Aenderung der Arbeitsverhältnisse in den Bäckereien auf den Erlaß einer hierauf gerichteten Verordnung beschränken werde, wird offiziös widersprochen. Es sind thatsächlich auch die Vorbereitungen für die Umgestaltung der vom Bundesrath erlassenen Bäckerei-Verordnung eingeleitet, um die in der letzteren enthaltene Maximalarbeitszeit, entsprechend den durch die Bestimmungen für die Getreidemühlen und die Ladengeschäfte gegebenen Beispielen, in eine Minimalruhezeit umzugestalten. Die Aenderungen der Maximalarbeitszeit für Bäckereien erfolgt wesentlich im Interesse der Gerechtigkeit, es darf aber angenommen werden, daß mit ihr zusammen auch eine Verfügung ergehen werde, welche sich auf die Besserung der Bau- und Einrichtungsverhältnisse in den Bäckereien bezieht. Diese Verfügung würde allerdings von Preußen auszugehen haben, nachdem verschiedene andere Einzelstaaten auf diesem Gebiete schon vorangegangen sind. — Die Kommission für Arbeiterstatistik tritt demnächst wieder zusammen. Auf der Tagesordnung werden die Besprechungen der Verhältnisse in der Schiffahrt und im Transportwesen sowie im Fleischergewerbe stehen. — Die Kinder des früheren Staatssekretärs des Reichsmarineamts, Admirals à la suite des See-Offizierkorps Hollmann, sind in den Adelstand erhoben worden.

Homburg v. d. H. Der Kaiser hörte gestern den Vortrag des Vertreters des Auswärtigen Amtes Geheimrath v. Tschirschky und Bögendorff. Heute Vormittag beehrten der Kaiser und die Kaiserin, sowie Prinz und Prinzessin Heinrich die Saalburg. Das prinzliche Paar begab sich von dort nach Schloß Friedrichshof, während das Kaiserpaar nach Homburg zurückkehrte. — Die Wendung zum Besseren im Befinden der Kaiserin Friedrich hält erfreulicher Weise an. Professor Renvers hat gestern spät Abends Schloß Friedrichshof verlassen. Ueber die Einzelheiten der Erkrankung verlautet nur wenig, es entspricht dies einem besonderen Wunsche der Kaiserin Friedrich. Es soll sich um eine jähe akute Erkrankung in dem alten chronischen Leiden der Kaiserin gehandelt haben. Die Königin Victoria von England erhält täglich drei bis vier Mal telegraphische Nachricht aus Friedrichshof. Nach den in Balmoral eingetroffenen Nachrichten ist es vornehmlich die Affektion des Herzens, welche für die Kaiserin Friedrich schwere Gefahr hervorrief. Die Königin Victoria hat bisher keinen definitiven Beschluß gefaßt, zu ihrer Tochter nach Deutschland zu reisen.

* **Hamburg.** Wie die „Hamburgische Börsenhalle" erfährt, ist der Gesandte Dr. Leuds gestern Nachmittag hier eingetroffen.

Köln. Die hiesige Polizei verhaftete zwei weitere Mitglieder der in den letzten Tagen aufgedeckten weitverzweigten Falschmünzer-Gesellschaft, die falsches Geld am Niederrhein absetzte. Das zur Herstellung verwendete Münzmetall war hiesigen Fabriken gestohlen worden. Sämmtliche Utensilien, Werkzeuge und Schmelzvorrichtungen fielen in die Hände der Polizei.

Lindau. Graf Zeppelin's Ballon ist wieder hergestellt. Die Ballonfüllung erfolgt morgen, der Aufstieg soll Montag Vormittag stattfinden.

Prag. Nach Meldungen czechischer Blätter beabsichtigt der Oberlandesmarschall von Böhmen, Fürst Lobkowitz, zu demissioniren, wenn die Regierung den böhmischen Landtag nicht einberuft.

Lemberg. In einem hiesigen Hotel wurde ein seit gestern hier weilender österreichisch-ungarischer Offizier, Oberstleutnant Graf Normann aus Pest, vergiftet aufgefunden. Er starb auf dem Transport in's Krankenhaus.

Pest. Die städtische Unterrichtskommission beschloß, an allen Kommunalschulen den obligatorischen deutschen Unterricht aufzuheben.

Paris. Aus Tananarivo wird gemeldet, daß die Pest wieder in Tamatave aufgetreten ist.

Paris, (Uhr Nachmittags.) Rente 99,82½. Italiener 95,37½. Spanier 71,25. Portugiesen 23,40. Türken 22,45. Türkenlooje 110,50. Ottomanbank 535,00. Staatsbahn —,—. Lombarden —,—. Ruhig.

Paris, Produktenmarkt. Weizen per Oktbr. 20,10, per Jan.-April 21,45. Beh. Sonntag per Oktober 21,—, per Mai-August 20,25, ruhig. Rüböl per Oktober 78,00, per Mai-August 78,00, fest.

Rotterdam, Produkten-Börse. Weizen per November —,—, per März —,—, geschäftslos. Roggen per Oktober —,—, per März 130,00, per Mai 130,00, ruhig.

Oertliches und Sächsisches.

— Dem Geh. Regierungsrath Lotze im Ministerium des Innern ist das Offizierskreuz des Albrechtsordens verliehen worden.

— Ueber das Verhältniß der Konservativen in Sachsen zu den anderen politischen Parteien hat sich Herr Geh. Hofrath Dr. Schober, der Vorsitzende des Konservativen Landesvereins, auf der 25. ordentlichen Generalversammlung zu Dresden nach dem „Vat." folgendermaßen geäußert: „Unsere guten Beziehungen zu den Nationalliberalen sind, von unbedeutenden Preßfehden abgesehen, erhalten geblieben und wir hoffen, daß es auch in Zukunft so bleiben werde. Nicht verschweigen wollen wir aber, daß es in dieser Partei eine Anzahl giebt, die einem Bruch mit den Konservativen gern zustimmen würden. Zunächst aber besitzen diese Gegner des Kartells den zur Verwirklichung ihrer Pläne nothwendigen Einfluß nicht. Von der nationalliberalen Parteileitung sind wir überzeugt, daß sie es vorzieht, mit uns Hand in Hand zu gehen, statt uns zu bekämpfen. Nur ein Zurückgeben der Macht des Konservatismus würde darin etwas ändern, daher ist es unsere Pflicht, durch Festigung und Ausbreitung der konservativen Organisationen unsere Stellung noch zu verstärken. Die deutschsoziale Reformpartei hat sich, wie vorauszusehen war, auf ihrem Parteitage in Magdeburg wieder in die Parteien gespalten, aus denen sie sich gebildet hatte. Im westlichen Sachsen überwiegen die Anhänger des Abg. Liebermann v. Sonnenberg, mit denen wir früher durchweg freundliche Beziehungen unterhielten, während im Osten unseres Landes nach wie vor der Geist Zimmermann's maßgebend bleibt. Auch die drei Abgeordneten Gräfe, Gäbel und Lotze, die im Reichstag den 3., 7. und 8. Wahlkreis vertreten, vermochten sich nicht von dem Führer der Reformpartei zu trennen. Wir werden also bei den nächsten Reichstagswahlen wiederum Kämpfe mit dieser Parteirichtung zu erwarten haben. Aber auch bei den Landtagswahlen müssen wir uns auf den Kampf mit den Reformern gefaßt machen. Nach den vernichtenden Niederlagen, welche diese Partei bei den Wahlen 1895 und 1897 erlitten, wo die sämmtlichen antisemitischen Kandidaten unterlagen, hat sie im vergangenen Jahre auf die Betheiligung an den Landtagswahlen gänzlich verzichtet. Jetzt beabsichtigt sie, wie die Rede des Herrn Zimmermann in der Versammlung zu Riesa am 30. September beweist, ihr Heil im Verein mit Linksliberalen von Neuem zu versuchen. Schon im Jahre 1897 hat bei der Wahl im 10. ländlichen Kreise ein beträchtlicher Theil der antisemitischen Wahlmänner gegen den konservativen Kandidaten, aber für den sozialdemokratischen seine Stimme abgegeben, und dieses betrübende Schauspiel werden wir wahrscheinlich bei den nächstjährigen Wahlen wieder erleben. Auf dem Mainzer Parteitag der Sozialdemokratie wurde ja vor Kurzem der Beschluß gefaßt, fortan an den Landtagswahlen, auch wenn diese nach dem Dreiklassensystem stattfinden, mit aller Kraft sich zu betheiligen und zur

Densow's Eiernudeln / Germania-Maccaroni / werden allgemein bevorzugt.